

Her mit dem Tempolimit!

Klimaziele im Verkehr: „Bundesamt gegen Privilegien“, FR-Politik vom 12.12.

Das milliardenschwere ‚Sofortprogramm saubere Luft‘ ist als Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung, zu der der Gesetzgeber verpflichtet ist, natürlich zu begrüßen. Sehr viel schneller und kostengünstiger würde man mit Tempobeschränkungen auf Hauptstraßen, auf Landesstraßen und den Autobahnen ein umfassend gutes Ergebnis erreichen. Ein Tempolimit von Tempo 30 innerhalb der Städte, auf denen 70 bis 80 Prozent der Fahrleistungen stattfinden, bedeutete nach Untersuchungen des Bundesumweltamtes, dass zehn Überschreitungstage beim Feinstaub weniger zu erwarten sind als mit Tempo 50. Mit einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und 80km/h auf Landstraßen ließen sich bis zu fünf Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Diese Maßnahmen sind mit wenigen Mitteln umzusetzen und kosten fast nichts.

Wie Umfragen ergaben, haben sich 71 Prozent der Bürger für ein Tempolimit auf den Autobahnen ausgesprochen. Somit wäre wohl eine gewisse Akzeptanz gegeben. Von all den positiven Auswirkungen abgesehen würde die Verkehrssicherheit erhöht sowie die Lärmemissionen gemindert. Zum wirklich dringenden Schutz der Menschen wäre es an der Zeit, mit Sinn und Verstand zu handeln. Dass der Antrag der Grünen für ein Tempolimit im Bundestag gescheitert ist, ist mehr als bedauerlich und zeigt, wie ernst die Damen und Herren Abgeordneten, die dagegen stimmten, es mit ihrer Verpflichtung meinen, Schaden vom Volk abzuwenden. Zu den Grundrechten eines Menschen im Geltungsbereich des Grundgesetzes gehört das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Marion Michel, Hofheim-Lorsbach

Wir sind schon weiter

Erwiderung auf „Eine Wohl-Tat für gestresste Manager“, Leserforum v. 4.12.

Ob die Frau des Oberbürgermeisters bei der AWO nach der falschen Gehaltsgruppe bezahlt wird, weiß ich nicht. Auch nicht, ob Herr Feldmann das wusste oder dabei mitgewirkt hat. Auch kann man dies Herrn Feldmann – falls das so war – als Fehler ankreiden.

Nur nicht mit dem Argument von Herrn Wich in seinem Leserbrief vom 4. Dezember, wenn er schreibt: „Also, lieber Herr Feldmann, als OB bekommt man doch ein ordentliches Gehalt, das eine Familie ernähren kann.“ Was hat das gute Gehalt einer Frau mit dem Verdienst des Ehemannes zu tun? Dürfen Frauen nur arbeiten, wenn es für den Unterhalt der Familie notwendig ist, weil der Mann nicht genug verdient? Oder spricht da nur einfach der Stammtisch? Eigentlich, dachte ich, sind wir mit der Emanzipation der Frau inzwischen schon weiter. Walter Unger, Maintal

Mein 1968: Ich wollte mehr persönliche Nähe, Austausch und eine menschlichere Kirche

Zum Sommersemester 1963 begann ich mit dem Studium der katholischen Theologie in Frankfurt am Main. Das Studium war mit Wohnen in einem Priesterseminar und einem straff organisierten Plan verbunden. Das war mir zur damaligen Zeit kein Problem. Ich genoss die katholische Atmosphäre. Von der aufkommenden Hippiebewegung war bei uns im Seminar nichts zu spüren. Wir lasen davon in den Zeitungen, hörten es in der Musik und sahen es in manchem Modetrend. Zum Sommersemester 1965 ging ich für zwei Semester nach München. Als ich nach Frankfurt zurückkehrte, hatte sich die Situation im Seminar grundlegend geändert. Wo früher alle alles gemeinsam machten in einer anonymen Großgruppe von 250 Studenten, waren in den alten Räumen kleine Wohngemeinschaften im Entstehen mit einem von den Mitbewohnern selbst bestimmten Innenleben. Die Seminarleitung sah das kritisch, musste sich aber dem Druck der Mehrheit der Studenten in großen Teilen beugen.



50 Jahre '68

FR.de/die68er

Das tridentinische Priesterseminar mit seinen Regeln aus dem 16. Jahrhundert wurde Stück für Stück abgebaut. Die ganze Ausbildungssituation sollte sich stärker an den Studenten orientieren und weniger an Prinzipien eines traditionellen priesterlichen Lebens. Das weckte unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche der Studenten. Es drohte angeblich „Disziplinlosigkeit“, etwas Schreckliches in den Augen der Priesterausbilder. Den neuen „Freiheiten“ gingen lange Diskussionen über ein neues Priesterbild und überhaupt Menschenbild der Kirche voraus. All dies anhand der veröffentlichten Dokumente des Vatikanischen Konzils, das 1965 zu Ende gegangen war. Ich selbst merkte, dass meine Bilder von der katholischen Kirche zusammenbrachen und damit auch mein Selbstbild, wie ich in der Kirche arbeiten wollte. Das war alles eine Folge des Zulas-



Peter Scheuermann in der Zeit, aus der er berichtet.

PRIVAT

sens von „normalen“ menschlichen Bedürfnissen und die Erfahrung, dass es schön ist, ihnen zu folgen. Nicht nur den sexuellen. Allein die soziale Pflicht, die ich spürte gegenüber meiner Heimatgemeinde und den katholischen Freunden, hielt mich ab, das Studium abzubrechen. Während all dieser Reformen stepte draußen in der Stadt der Bär. Demonstrationen und Besetzungen waren an der Tagesordnung. Ich wollte dabei sein und meinen Teil beitragen. Gerade Fragen der gerechten Verteilung des Geldes und die Ethik der Arbeit hatten mich beeindruckt. Außerdem hatte sich eine „Theologie der Arbeit“ entwickelt. Ein Studienkollege und ich rannten im wahrsten Sinne

des Wortes hinter den Demosher, weil wir immer zu spät kamen. Aber wir waren dabei. Nach der Besetzung der Universität übernahm ich die Einrichtung eines theologischen Fachbereiches und stellte ein Lehrangebot zusammen. Ich wusste mich in der richtigen Richtung, ohne zu wissen, wie das Ganze weitergeht. Der Verband deutscher Studentenschaften richtete mit den Allgemeinen Studentenausschüssen (Astas) aller deutschen Hochschulen und Universitäten einen Kongress in Frankfurt aus. Er sollte einen grundlegend anderen Studienplan für die einzelnen Disziplinen erarbeiten. Ich nahm als Asta-Vertreter daran teil, zuständig für das

MEIN 1968



PRIVAT

Peter Scheuermann, geboren 1939, lebt jetzt mit 80 Jahren im Ruhestand in Hofheim, ist verheiratet und genießt das Leben. Er war katholischer Geistlicher und hat als Diplompädagoge und Psychoanalytiker

Supervisionen und psychotherapeutische Beratungen angeboten.

In der Serie „Mein 1968“ erzählen FR-Leserinnen und -Leser, wie sie den Umbruch erlebt haben. Alle Texte der Serie sind im FR-Blog online nachlesbar. Den aktuellen Text finden Sie unter frblog.de/1968-scheuermann. Zur Einführung mit einer Liste aller Texte: frblog.de/mein-1968

Die Verteidigung der demokratischen Gesellschaft

Gemeinnützigkeit, VVN-BdA: „Angriff gegen Attac“, FR-Wirtschaft vom 7. Dezember

Ich kann es nicht fassen! Dem Verein der Verfolgten des Naziregimes wird vom Finanzgericht Berlin die Gemeinnützigkeit entzogen, es drohen Steuernachzahlungen in fünfstelliger Höhe! In einer Zeit, da Nazis morden, Journalisten und Andersdenkende bedrohen, Amtsträger ihre Ämter niederlegen, um sich zu schützen, Beleidigungen und wüste Hassmails auf Menschen, die in der Öffentlichkeit Demokratie und offene Gesellschaft verteidigen, niederprasseln, in Polizei und Bundeswehr rechtsradikale, rassistische Tendenzen aufgedeckt werden, wird der VVN die Gemeinnützigkeit entzogen! Und

das mit fadenscheinigen Gründen, weil eine nachgeordnete Behörde (der bayrische Verfassungsschutz) den Verein als verfassungsfeindlich einschätzt, obwohl der bayrische Gerichtshof diese Meinung nicht teilt.

Die VVN hat in den letzten beiden Jahren „Stammtischkämpfer“ ausgebildet. Das sind Menschen, die über die rassistischen, fremdenfeindlichen, gewalttätigen Erscheinungen in unserer Gesellschaft erschrocken sind, insbesondere darüber, dass diese inzwischen so hoffähig geworden sind, dass sie auch im eigenen Bekanntenkreis ohne Scham geäußert werden. Diese

Menschen wollten lernen, wie man solchen Sprüchen am besten entgegentreten kann. Was ist daran verfassungsfeindlich? Was berechtigt das Finanzamt Berlin, eine solche Entscheidung zu treffen gegen die Nachkommen von Verfolgten des Naziregimes? Was ist da los? Wieso bezieht Finanzminister Scholz nicht in aller Öffentlichkeit eine Gegenposition und verteidigt jene, die die demokratische Gesellschaft verteidigen?

Und dann plant er anscheinend auch noch über die Änderung der Abgabenordnung einen Maulkorb für alle, die sich mit hohem ehrenamtlichen Engagement um die Stabilisierung der

künftige Theologiestudium. Wir entwickelten die ersten grundlegenden Richtlinien. Wir überreichten sie u.a. dem Rektor unserer Hochschule, der sie mit Aufmerksamkeit entgegennahm und in einer Schublade seines Schreibtisches verstaute. Auf diesem Hintergrund brachte ich mein Studium zu Ende. Meine Studienkollegen waren mir mittlerweile fremd geworden. Ich hatte andere Interessen, war aber immer noch der Kirche verbunden. Ich wollte mehr persönliche Nähe und Austausch und eine kritische Auseinandersetzung mit dem, was wir vorfanden, eine menschlichere Kirche auch für Priester. Die Kollegen wollten endlich in Gemeinden arbeiten. Sicherlich auch, wenigstens teilweise, mit fortschrittlichen Plänen. Die Pfarrei, in der ich dann als Kaplan arbeitete, pflegte ökumenische Freundschaften mit evangelischen Gemeinden. Wir feierten Interkommunion, was nicht erlaubt war, und brachten damit unseren Bischof in Bedrängnis. Er musste es eigentlich verbieten, wollte es aber nicht, und hielt es schweigend aus. Ich hielt Predigten, die einen Teil der Gemeinde sehr begeisterten, von anderen stark kritisiert wurden. Teile der Gemeinde warfen mir vor, die Jugend zu verderben und aus der Kirche zu treiben. Die aber stand hinter mir und war dankbar für meine Diskussionsangebote und für die von ihnen gestalteten Jugendgottesdienste. Bei all diesen Erfolgen merkte ich aber mehr und mehr, dass ich eigentlich nichts mehr über die Kirche zu verkünden hatte. Ich war leer geworden, meine Predigten wurden hohl. Als die Priestergemeinschaft ein Mitglied rausschmiss, dessen Homosexualität durch Zufall öffentlich wurde, konnte ich das Leben in dieser Gemeinschaft nicht mehr ertragen und zog aus. 1974 trat ich auch formal aus der Kirche aus. Ich bin weiterhin den humanistischen Ideen der Bewegung der 68er verpflichtet und habe noch freundschaftliche Beziehungen in die Kirche hinein. Ich habe geheiratet und lebe jetzt so, wie ich immer wollte.

Peter Scheuermann, Hofheim

aus den Fugen geratenden Gesellschaft bemühen und am Zusammenhalt anstatt an der Spaltung arbeiten. Herr Scholz, unterstützen Sie die VVN und alle anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, auch diejenigen, die den wirtschaftsliberalen Mainstream zu kritisieren wagen oder klar Position gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit auch Menschenfeindlichkeit beziehen! Das heißt: Rücknahme der Entscheidung gegen die VVN! Änderung der Abgabenordnung durch Erweiterung des Rechts auf politische Stellungnahme und nicht dessen Einschränkung! Marianne Friemelt, Frankfurt